

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXIII/188

Bonn, den 3. Oktober 1968

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 - 1a	<u>Ein Gesetz, das Eile hat</u> Städtebau- und Gemeindefortentwicklungsgesetz kann noch vor Sommer 1969 vom Bundestag verabschiedet werden Von Frank Sommer, Sprecher des Vorstandes der SPD	85
2 - 3	<u>NED bald Splitterpartei?</u> Nachlese zu den Kommunalwahlen in Niedersachsen	63
3	<u>Farbe für die Slums</u> Auch das geschieht in Mexiko	22
4	<u>Außenpolitik in Finnland</u> Von Friedrich Ege, Helsinki	42

FRAU UND GESELLSCHAFT bringt heute:

Erfahrungsaustausch über die Probleme der Frauen
- Die 3. Weltfrauenkonferenz des IBFG geht heute zu Ende -

Kurzmeldungen

Personalien

*

*

*

Ein Gesetz, das Eile hat

Städtebau- und Gemeindeentwicklungsgesetz kann noch vor Sommer 1969 vom Bundestag verabschiedet werden

Von Frank Sommer, Sprecher des Vorstandes der SPD

Das Bundeskabinett hat am Mittwoch einen Gesetzentwurf verabschiedet, bei dem die zweimalige Vertagung im Kabinett bereits deutlich machte, daß sein Inhalt umstritten war: Das Städtebau- und Gemeindeentwicklungsgesetz. Unter dieser Bezeichnung wird der bisher als "Städtebauförderungsgesetz" bekannte Entwurf heute dem Bundesrat zugeleitet. Wenn der von Bundesminister Dr. Lauritzen vorgesehene Fahrplan klappt, wird der Bundesrat am 25. Oktober im ersten Durchgang beraten und der Gesetzentwurf mit der Stellungnahme der Bundesregierung zu etwaigen Änderungsvorschlägen des Bundesrates dann dem Deutschen Bundestag so rechtzeitig vorliegen, daß er noch vor der Weihnachtspause Anfang Dezember in erster Lesung darüber beraten kann.

Ganz offensichtlich hatte Lauritzen, selbst vor seinem Eintritt in die Bundesregierung hessischer Landesminister, dem Bundesrat mehr Zeit als die grundgesetzlich vorgeschriebene Drei-Wochen-Frist zur Vorbereitung seiner Beratung verschaffen wollen. Der Gesetzentwurf stand zum dritten Mal auf der Tagesordnung des Bundeskabinetts, als er schließlich diese erste Hürde nahm.

Vierzehn Tage lang mußte der sozialdemokratische Bundesminister um die Zustimmung seiner Unionskollegen kämpfen. An den Änderungen, die im Verlauf dieser Diskussionen im Gesetz getroffen wurden, vermag man die Widerstände innerhalb der Union zu erkennen.

Offenbar nur der besseren Optik halber gegenüber den Organisationen der Haus- und Grundeigentümer sind jetzt in einem Absatz des ersten Gesetzartikels alle sowieso im Entwurf enthaltenen Vorsorgen für die Erhaltung und Wiederherstellung von Eigentum im Zuge von Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen zusammengefaßt. Wenn das dazu verhilft, die Eigentümerfreundlichkeit des Gesetzentwurfs den Betroffenen zu verdeutlichen, ist das zweifellos legitim.

Kritischer werden zwei in der Kabinetts-Beratung oder im Vorfeld "abhanden" gekommene Paragraphen zu betrachten sein. Gestrichen wurde der von Lauritzen vorgesehene "Deutscher Rat für Stadtentwicklung" und ebenso fiel die Bindung der Rückflüsse aus für den Städtebau gegebenen Darlehen für neue Städtebaumaßnahmen dem Kompromiß zum Opfer. Der "Deutsche Rat für Stadtentwicklung", der Vertreter von Bund, Ländern, Gemeinden, Wissenschaft und Praxis zusammenfassen sollte, ist damit nur aufgeschoben, wie Bundesminister Lauritzen noch am Tage der Kabinettsitzung deutlich machte: Die von

Innenminister betriebene Verwaltungsreform soll abgewartet werden.

Die Ablehnung der Rückflußbindung mag manchen Kommunalpolitiker bedenklich stimmen - wenn auch die Bindung der Rückflüsse aus dem Wohnungsbau unangetastet bleibt, auch im Rahmen der Stadtsanierung oder -entwicklung, und wenn auch Sanierungszuschüsse, wie sie für die unrentierlichen Spitzen der Sanierungskosten vorgesehen sind, sowieso nicht zurückfließen. Es erscheint durchaus denkbar, daß sich schon bei der Bundesratsberatung einige Bundesländer der ursprünglichen Absicht erinnern.

Das mag in noch stärkerem Maß für die wesentlichste Änderung gelten, die Lauritzens Gesetzentwurf im Kabinett gefunden hat: War mit Sicherheit anfangs vorgesehen, Werterhöhungen, die durch Sanierung oder Sanierungserwartung eintreten, in keiner Weise zu berücksichtigen, so erscheint jetzt im Text eine weichere Fassung. Solche Werterhöhungen sollen nur insoweit berücksichtigt werden, als das nach gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten geboten erscheint.

Diese Formulierung ist nahezu wörtlich aus dem Grundgesetz (Artikel 14) übernommen. Aber das bedeutet natürlich bei der Sanierung der Städte: Sie wird teurer! Denn wenn auf den Grundstückswert ein Zuschlag gewährt wird, wie es zweifellos vorgesehen ist, werden die Kosten höher. Die ebenfalls grundgesetzlich postulierte Sozialpflichtigkeit des Eigentums kann eben auch zu dem Schluß führen, daß die von der Allgemeinheit bezahlten Anstrengungen nicht zu Vermögenssteigerungen des Einzelnen führen sollten. Dabei soll allerdings nicht verkannt werden, daß Schwierigkeiten, wie sie in Härtefällen auftreten könnten, auf jeden Fall durch Hilfe der öffentlichen Hand verhindert werden müßten.

Der Entwurf des "Städtebau- und Gemeindeentwicklungsgesetz" wird mit Sicherheit im Lauf der parlamentarischen Beratung ähnlich unstritten sein wie vor der Verabschiedung im Kabinett. Auf keinen Fall sollten die Abgeordneten jedoch den Unkenrufen folgen, die Zeit reiche nicht aus. Sie reicht mit Sicherheit aus, um noch vor dem Sommer 1969 das Gesetz im Bundestag zu verabschieden.

Denn es sollte übereinstimmende Meinung sein, daß ein Gesetz, das für Jahrzehnte den Landgemeinden und Städten die Möglichkeit gibt, ihre Substanz zu erneuern und ihre Struktur zu modernisieren, schnellstens kommen muß, aber kein Wahlkampfgeschoß sein darf. Deshalb ist es als erfreuliches Positivum anzusehen, daß die Stimmen, die schnelle Beratung und Verabschiedung fordern, nicht nur Sozialdemokraten gehören, sondern genau so aus dem Lager der CDU zu hören sind wie auch von den Freien Demokraten.

+ + +

NPD bald Splitterpartei?

Nachlese zu den Kommunalwahlen in Niedersachsen

W.L. - Eine genaue Analyse des Wahlergebnisses der NPD in Niedersachsen am vergangenen Sonntag ergibt, daß die NPD - wenn sich dieser Trend fortsetzt - auf dem besten Wege ist, das gleiche Schicksal zu erleiden wie die frühere DRP - das einer Splitterpartei ohne politische Bedeutung. Bei den Kommunalwahlen in Niedersachsen, wo die NPD in 59 von 60 Landkreisen und 14 von 15 kreisfreien Städten eigene Listen eingereicht hatte, verlor diese rechtsradikale Partei nicht nur gegenüber der Landtagswahl 66.000 Stimmen und verringerte damit ihren Stimmanteil von 7 Prozent auf 5,2 Prozent. Sie erreichte auch das von ihr selbst genannte Ziel bei weitem nicht. Vor der Wahl hat Bubi von Thadden großspurig von einem Stimmanteil von 10 Prozent, 150 bis 200 Mandaten in den Kreistagen und 1.200 Mandaten in den kreisangehörigen Gemeinden, gesprochen. Das klägliche Ergebnis lautete: 117 Mandate in den Landkreisen und kreisfreien Städten und ganze 134 Mandate in den kreisangehörigen Gemeinden.

Auffallend ist dabei, daß der Stimmanteil der NPD besonders stark in ihren "Hochburgen" zurückging. So fiel sie beispielsweise im Landkreis Uelzen von 11,1 Prozent auf 5,7 Prozent, im Landkreis Lüneburg von 10,9 auf 6,2 Prozent, im Landkreis Gifhorn von 10,6 auf 6,9 Prozent, im Landkreis Diepholz von 11 auf 6,9 Prozent und im Landkreis Soltau von 11,2 Prozent auf 7,8 Prozent zurück. Allein im Wahlkreis Celle - der Heimat von Bauernverbandspräsident Rehwinkel und seinem Sohn Hans-Jürgen - konnte die NPD ihren Stimmanteil von 10,7 auf 11,6 Prozent steigern - zweifellos Dank der Mithilfe von Rehwinkel junior, der als Parteilosler auf der NPD-Liste kandidierte, allerdings nicht durchkam. (Sein Kommentar: "Da bin ich weiter nicht böse drum. Man hat ja mit dem Hof ganz gut zu tun".)

Auffallend an dem Rückgang der NPD-Stimmen gerade in diesen ländlichen Kreisen ist die Tatsache, daß sich die bauerliche Bevölkerung in großem Maße von der NPD abgewandt haben muß - eine für die weitere Entwicklung der NPD möglicherweise entscheidende Entwicklung. Das ist umso interessanter, als die NPD gerade auf die Bauern große Hoffnung gesetzt hatte und dementsprechend auch bauerliche Kandidaten präsentierte. Der Anteil der Selbständigen unter den gesamten NPD-Kandidaten bei den Kommunalwahlen betrug 40 Prozent, darunter ausserordentlich viele Landwirte und der Landwirtschaft verbundene Personen (Viehändler usw.).

Auch in den Städten ging der Anteil der NPD zurück, allerdings nicht in so erheblichem Maße, da die Ergebnisse bei der Landtagswahl im vergangenen Jahr hier auch nicht so hoch gelegen hatten wie in manchen Landkreisen. So beträgt der Stimmanteil der NPD in der Stadt Braunschweig zum Beispiel nur noch 4,0 Prozent gegenüber 4,9 Prozent bei der Landtagswahl. Hannover: 4,7 gegenüber 5,6 Prozent, Oldenburg 7,1 gegenüber 8,5 Prozent, Osnabrück 5,2 gegenüber 5,8 Prozent, Cuxhaven 5,7 gegenüber 6,7 Prozent, Lüneburg 6,5 gegenüber 8,5 Prozent.

In den katholischen Gebieten des Landes hatte die NPD auch diesmal überhaupt nichts zu bestellen. Konnte sie vereinzelt bei der Landtagswahl noch drei bis vier Prozent erreichen, so kam sie diesmal nur knapp über die zwei Prozent.

Trotz ihres außerordentlich schlechten Abschneidens konnte sich die NPD dennoch in sieben Städten und Landkreisen eine Schlüsselposition erobern, die allerdings nur wirksam wird, wenn sich die demokratischen Parteien untereinander nicht auf vernünftige Absprachen einigen. Es sind dies die Städte Hameln und Wolfenbüttel sowie fünf Landkreise. Nach den bisher vorliegenden Berichten ist jedoch zu erwarten, daß in diesen sieben Städten und Kreisen die demokratischen Parteien Koalitionen eingehen, die die NPD aus der Mitarbeit ausschließen und sie damit zur politischen Bedeutungslosigkeit verurteilen. Interessant wird es vor allem in Hameln werden, wo ein Nachfolger von Dr. Louis Storck gewählt werden muß, der dort als Oberstadtdirektor tätig war und jetzt Ministerialdirektor im Bundeswohnungsbauministerium ist. Die SPD verfügt dort über 16 Sitze, die CDU über 12, die FDP über drei und die NPD über zwei Sitze.

Farbe für die Slums

Auch das geschieht in Mexiko

HB. - Vielleicht ist es altmodisch, zu sagen, daß soziale Spannungen und Explosionen, verbunden mit Straßenkämpfen und Polizeiaufmärschen meist dadurch entstehen, daß ein Tropfen überläuft. In Mexiko scheint das so zu sein. Vor einigen Tagen hat man dort den Bewohnern der Slums am Stadtrand von Mexiko-City bunte Farben und Pinsel geschenkt, damit sie ihren Wellblechhütten und Bruchbuden ein "fröhliches Aussehen" geben. Die Slums liegen nämlich nur wenige hundert Meter von den mit einem Millionenaufwand errichteten Olympiabauten entfernt. Den Bewohnern der Slums wurde gesagt, sie sollten eifrig pinseln, denn es wäre nicht schön, wenn ihre Wohnhöhlen in einem allzu großen Kontrast zu den Frachtbauten ständen; das würde das Auge ausländischer Besucher verletzen...

Nun streichen seit Beginn dieser Woche Kinder und Halbwüchsige die Zäune und Wände in den Slums bunt an. Ausländischen Pressevertretern wurde erklärt, daß dies den Kindern viel Spaß mache, zumal jeder jugendliche Anstreicher seiner Phantasie freien Lauf lassen könne.

Ob das der Tropfen war, der überlief, als es nach einer vorübergehenden Beruhigung unter den Studenten jetzt zu regelrechten Straßenschlachten mit Toten und hunderten Verletzten kam? Oder haben sich wieder einmal "kommunistische Agitatoren" eingemischt? Sicher wird das so sein und bestimmt ist es altmodisch, zu sagen, daß soziale Spannungen und Explosionen...

Außenpolitik in Finnland

Von Friedrich Ege, Helsinki

Die Arbeiterakademie des Vorortes Kauniainen der finnischen Hauptstadt Helsinki war kürzlich der Schauplatz einer interessanten und für Finnland bezeichnenden Aussprache. Professor G.N. S v e r d l o v, einer der außenpolitischen Experten der Sowjetunion, und der finnische Außenminister K a r j a l a i n e n sprachen über Probleme der internationalen Politik. Prof. Sverdlov ging bei seinen Darstellungen von der These aus, daß in Europa die Wasserscheide zwischen den Systemen Imperialismus und Sozialismus liege. Hierbei spiele besonders die Bundesrepublik Deutschland eine wichtige Rolle, weil sie der einzige Staat sei, der nicht die Grenzen anerkenne, die in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg gezogen worden seien. Jedes Bemühen der Bundesrepublik, diese Grenzen verändern zu wollen, müsse daher als "Feindseligkeit" betrachtet werden. Die militärische Invasion in der CSSR begründete Prof. Sverdlov wie folgt: "Wir griffen zu dieser Maßnahme, weil alle ideologischen und politischen Mittel verbraucht waren. Die CSSR ist der Vorposten der sozialistischen Länder im Westen... Wenn die konterrevolutionären Kräfte ihre Tätigkeit hätten fortsetzen können, wäre es möglich gewesen, daß Europa vor eine Kriegsgefahr gestellt worden wäre." W e r die "konterrevolutionären Kräfte" in der CSSR sein sollen, sagte Prof. Sverdlov allerdings nicht. - Mit größter Eindringlichkeit forderte Prof. Sverdlov die Einberufung einer "Europäischen Sicherheitskonferenz".

Der finnische Außenminister Karjalainen konzentrierte sich in seinen Darlegungen ganz auf die Möglichkeiten Finnlands bei den Bemühungen um die Erhaltung des Friedens. Seine These: "Finnland hat sowohl das Recht, als auch die Verpflichtung, sich außerhalb der internationalen Konflikte der Großmächte zu halten. Deshalb brauchen wir nicht von unserer prinzipiellen Einstellung abzugehen, wonach jedes Volk auf seinem Territorium sein Schicksal selbst ohne äußere Einmischung bestimmen können muß. Internationale Streitigkeiten müssen auf dem Verhandlungswege gelöst werden und nicht durch Gewalt. Das ist unsere Linie."

Fast zur gleichen Zeit erklärte der Vorsitzende der Kommunistischen Partei Finnlands, Aarne S a a r i n e n, auf der 50-Jahrfeier seiner Partei in Gegenwart des Mitglieds des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der UdSSR, V.I. K o n o t o p: "Wir bedauern es tief, daß man es nicht erachtet hat, die an die Entwicklung der Tschechoslowakei sich anschließenden Probleme mit politischen Mitteln, mit Beratungen unter den kommunistischen Parteien lösen zu können. Wir hoffen, daß die am 21. August entstandene, in der internationalen kommunistischen Bewegung nie vorhergesehene un-natürliche Situation möglichst schnell in die Geschichte übergeht."